

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags
betreffend**

**Offenlegung der Ziele und geplanten Wirkungen des „Modellprojektes“ zur
Zusammenlegung von Bezirksverwaltungsbehörden sowie Erstellung einer transparenten
Entscheidungsgrundlage**

Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Oö. Landtag die Ziele und geplanten Wirkungen des „Modellprojektes“ betreffend die Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften Grieskirchen und Eferding offen zu legen,
2. dem Oö. Landtag laufend über den Stand dieses „Modellprojektes“ zu berichten sowie
3. eine etwaige Umsetzung von einer detaillierten Prüfung und Erstellung einer transparenten Entscheidungsgrundlage abhängig zu machen, insbesondere unter Berücksichtigung folgender Punkte:
 - Konkrete Zieldefinition des Projekts hinsichtlich des erwarteten Nutzens und der beabsichtigten Wirkungen,
 - Klar definierte beabsichtigte Effizienzsteigerungen beim Leistungsangebot,
 - Evaluierung des tatsächlichen Einsparpotenzials,
 - Klärung der organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen,
 - Prüfung der Auswirkungen auf andere an die Bezirksstruktur geknüpfte Institutionen und Organisationseinheiten,
 - Offenlegung der Auswirkungen des Projektes für etwaige weitere Änderungen bei den anderen bestehenden Bezirksverwaltungsbehörden,
 - Einbindung der Abgeordneten des Oö. Landtages, der betroffenen Gemeinden, der betroffenen Bevölkerung vor Ort sowie der betroffenen Bediensteten.

Begründung

Mit der Bekanntgabe seitens der Politik – bereits unmittelbar nach der Konstituierung des neuen Landtages – dass die Bezirkshauptmannschaften Eferding und Grieskirchen unter der Leitung des Bezirkshauptmannes von Grieskirchen zusammengelegt werden und in Eferding lediglich eine Bürgerservicestelle verbleiben soll sowie der darauf folgenden Aussagen von

hohen Beamten, dass diese Unternehmensentscheidung nun umzusetzen sei, wurde der bisher übliche und bewährte Weg von einschneidenden Verwaltungsreformen verlassen.

Oberösterreich schneidet mit seiner Verwaltung im Bundesländervergleich hervorragend ab. Das ist das Ergebnis der Arbeit von engagierten BeamtInnen auf allen Ebenen, einer – zumindest bisher – gelebten wirkungsorientierten Verwaltung und dem Zusammenwirken auf breiter Ebene von Politik und Verwaltung.

Gerade die Bezirksverwaltungsbehörden haben einerseits als Universalbehörden, die sowohl die Geschäfte der mittelbaren Bundesverwaltung als auch die der Landesverwaltung führen und andererseits als regionale Dienstleistungszentren für die Bevölkerung, Betriebe und Gemeinden eine große Bedeutung. Unsere Bezirksverwaltungsbehörden haben einen hohen gemeinsamen organisatorischen und inhaltlichen Standard und arbeiten im Österreichvergleich noch dazu am effizientesten.

Die aktuell laufenden einschneidenden Änderungen im Bereich der Bezirkshauptmannschaften Eferding und Grieskirchen, die noch dazu als „Modellprojekt“ für andere Bezirkshauptmannschaften bezeichnet werden und bisher übliche Vorgehensweisen verlassen, werfen viele Fragen auf. Dies insbesondere, weil es im Gegensatz zu den bisherigen Reformprojekten keinerlei Transparenz und keinerlei Einbindung betroffener Kreise und Entscheidungsebenen gibt. Daher ist eine Offenlegung der bereits gefallenen Unternehmensentscheidungen, der Ziele und geplanten Wirkungen sowie der konkreten Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung dringend geboten.

Linz, am 16. November 2015

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Böker, Mayr